

Rechtstipp



Mag. Michael Imre
Rechtsanwalt in Krems
02732/83485
office@dierechtsanwaelte.at

Welche Regeln gelten für das Laden von Elektroautos in Gemeinschaftsgaragen?

Mag. Michael Imre: Zunächst ist es wichtig zu wissen, dass die Installation von Ladestationen in einer Gemeinschaftsgarage grundsätzlich möglich ist. Derjenige, der die Ladestation einbauen möchte, muss sich im Vorfeld um alle technischen und rechtlichen Voraussetzungen für den Einbau kümmern.

Soll eine Ladestation installiert werden, müssen vorher alle Eigentümer zustimmen. Dabei kommt es oft zu Schwierigkeiten. Hier gilt die Regel: Wenn alle Eigentümer schriftlich über den geplanten Einbau informiert wurden und niemand innerhalb von zwei Monaten schriftlich widerspricht, zählt dies als Zustimmung. Diese Regel betrifft allerdings nur Anlagen zum „Langsamladen“. Der Begriff „Langsamladung“ wird im Gesetz nicht näher definiert. Man kann aber davon ausgehen, dass die Ladestation nicht zu viel Strom verbrauchen darf – üblicherweise bis zu 3,7 kW für eine Phase oder bis zu 5,5 kW für drei Phasen.

Wenn jemand eine stärkere Ladestation wünscht, muss aktiv die Erlaubnis der anderen Eigentümer eingeholt werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, beim Bezirksgericht einen Antrag auf Ersetzung der Zustimmung zu stellen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der rechtliche Rahmen kompliziert ist. Bei Fragen kann Ihnen ein Rechtsanwalt weiterhelfen.

Eine Kooperation der NÖN mit der Rechtsanwaltskammer NÖ. www.raknoe.at

GEMEINDERATSWAHL 2025

Fragen an die Kandidaten



◀
Bürgermeister
Gerald Glaser
(ÖVP).
Foto: Semrad



◀
Geschäftsführende
Gemeinderätin
Helga Ronge
(SPÖ).
Foto: privat



◀
Alexander Leicht
(FPÖ).
Foto: privat

Warum stellen Sie sich der Wahl?

Unsere Gemeinde ist bereits jetzt sehr lebenswert und zukunftsorientiert. Als Bürgermeister habe ich mit meinem Team viel für unsere Bürger erreicht. Die Volkspartei Enzersfeld-Königsbrunn hat aber natürlich noch viele gute Ideen.

Ich kandidiere, weil ich die Entwicklung unserer Gemeinde aktiv mitgestalten und zukunfts-fähige Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger vorantreiben möchte.

Um unsere Freiheitlichen Ideen und Werte in der Gemeinde einzubringen.

Welche drei Projekte haben für Sie Priorität?

Für mich stehen eine Verbesserung der Kinderbetreuung mit Neubau des Kindergartens und Wichtelstube, die Verbesserungen der ärztlichen Versorgung durch ein Facharztzentrum und der Ausbau des Glasfaser-Internets im Mittelpunkt.

Verkehrsberuhigung für mehr Sicherheit und Lebensqualität. Ein neuer Kindergarten mit integrierter Krabbelstube und ein Musikraum für die Feuerwehrmusik. Und leistbarer Wohnraum für alle Generationen.

Der Glasfaserausbau, Jugendförderung, Allgemeine Ärzte und Gesundheitsversorgung.

Was fehlt in der Gemeinde Ihrer Meinung nach?

Unserer Gemeinde fehlt eine bessere ärztliche Versorgung. Ich führe bereits Gespräche, um die gesundheitliche Versorgung direkt im Ort wieder zu ermöglichen.

Es fehlen ein mittel- und langfristiges Konzept zur Gemeindeentwicklung, ein Bürgermeister mit Bürgernähe und Handschlagqualität und innerorts Angebote für Jugendliche.

Transparenz für den Bürger und die FPÖ als Kontrollorgan. Das Zwei-Parteien-System soll der Vergangenheit angehören.

Was wollen Sie in Sachen Klimaschutz unternehmen?

Wir haben große PV-Projekte auf Gemeindegebäuden umgesetzt – es sollen weitere folgen. Außerdem haben wir eine Energiegemeinschaft gegründet, die wir nun allen Bürgern öffnen.

Wir wollen den Ausbau von Photovoltaikanlagen, außerdem eine Reduktion der Bodenversiegelung sowie eine klimafitte Begrünung mit standortgerechten Pflanzen.

Wir müssen versuchen, energieautark zu werden, zum Beispiel mit Photovoltaik-Anlagen auf gemeindeeigenen Bauten.

Mit welcher Partei würden Sie zusammenarbeiten?

Die Zusammenarbeit mit allen Parteien hat sich bereits in der Vergangenheit bewährt. Aus heutiger Sicht wollen wir die Zusammenarbeit mit allen Parteien aufrechterhalten.

Ich setze auf bürgernahe Politik und möchte mit allen konstruktiven politischen Kräften zusammenarbeiten, die das Wohl der Gemeinde im Blick haben.

Mit allen demokratischen Parteien.